

Herr Präsident,
Mitglieder in Regierung und Parlament,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Als vor etwas mehr als 4 Monaten, die Mehrheit und Teile der Opposition dem Fiskal-Pakt, im alten Parlamentsgebäude, zugestimmt hatten konnte man von einem historischen Moment sprechen.

Und heute wiederholt sich, dieser Moment, denn heute stimmt das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, über ein Zusammenarbeitsabkommen ab, welches die Umsetzung des Fiskal-Paktes zwischen dem Föderal-Staat und den Gliedstaaten regeln soll.

Kurz zur Erinnerung, was versteckt sich dahinter:

Die Europäische Union steckt in der tiefsten Krise, seit ihrem Bestehen. Noch nie gab es so viele Schulden und noch nie so viele Arbeitslose in Europa. Die Regierungschefs der EU Länder haben sich auf den Druck einzelner Regierungen hin, und aufgrund der Beratungen durch Finanzexperten der Banken und der Kreditinstitute, auf diesen Vertrag geeinigt welcher u.a. eine Schuldenbremse beinhalten soll.

Zur Eindämmung der ausufernden Staatsschulden, wurde also der Fiskalpakt ins Leben gerufen und ist eigentlich bereits seit Januar 2013 in Kraft.

Durch Nationale Höchstgrenzen bei der Staatsschuld, und der Neuverschuldung – sollen die europäischen Staaten zum Sparen und zum Schuldenabbau gezwungen werden.

Staaten, die diese Richtlinien nicht einhalten, erhalten Strafen.

Die nationalen Parlamente werden durch diese Richtlinien ihres Haushaltsrechtes entoben. Deshalb spricht man auch von einer EU-Diktatur.

Zahlreiche Ökonomen – darunter die Nobelpreisträger Paul Krugman und Joseph Stiglitz – warnen vor den wirtschaftlichen Auswirkungen des Sparkurses, der durch den Fiskalpakt betont wird.

Es gab europaweit zahlreiche Verfassungsklagen ob von rechten oder von linken Politikern. In zahlreichen Ländern, gingen tausende von Menschen auf die Straßen um gegen dieses EU Diktat von oben herab zu protestieren.

Aber auch hier im Hause, wurde dieses Vertragswerk von allen Seiten heftig kritisiert. Als vor etwas mehr als einem Jahr verschiedene Experten zu Anhörungen eingeladen wurden, haben fast alle vor den Folgen dieses Vertrages gewarnt.

Nachzulesen im Dokument 143 -

Ja, selbst die Abgeordneten selber, obwohl sie ihm zugestimmt hatten, haben diesen Vertrag kritisiert – und ein Journalist hatte dies treffend in einem Artikel beschrieben: „Wir sind dagegen, aber wir stimmen dafür.“

Meine Damen und Herren,

Der Fiskalpakt wird keine Probleme lösen, sondern er wird Probleme schaffen!

In dieser Sache sind sich zahlreiche Experten einig.

Denn in erster Linie stellt er keine Schuldenbremse dar, sondern eine Schuldenverlagerung – hierzu später mehr.

Von EU Krisengipfel zu EU Krisengipfel steigen zwei Elemente zu immer neuen Höchstständen an, die Arbeitslosenzahlen und die Staatsschulden. Italien lag Ende 2012 mit 127 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf Rekordniveau. In diesem Jahr wird die Verschuldungsquote voraussichtlich auf über 132 Prozent klettern.

Frankreichs Schuldenstand belief sich Ende 2012 auf 90 Prozent, bis Ende des Jahres werden diese auf 95 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ansteigen. In absoluten Zahlen hat sich die Staatsschuld in Frankreich in den letzten 10 Jahren fast verdoppelt.

Für Belgien ein ähnliches Dilemma - Zu der enormen belgischen Schuld von 376 Milliarden Euro – welche zur Zeit, täglich um mehr als 44 Millionen Euro ansteigt, kommen die Verpflichtungen für Dexia in Milliardenhöhe noch dazu. So rechnet beispielsweise Eurostat die staatlich garantierten Schulden nicht zur Schuldquote hinzu. Im Falle Belgiens kommen somit Staatsgarantien für Banken wie u.a. Dexia in Höhe von mehr als 100 Milliarden Euro obendrauf. Zumal die bisher garantierten Schuldverschreibungen im Falle Dexia noch nicht einmal dem entsprechen müssen, was letztendlich gebraucht wird.

Die Schulden steigen und steigen – somit würde eine Schuldenbremse doch Sinn machen – denkt man spontan.

Um dies zu beantworten, sollte man sich zu aller erst mit dem bestehenden Finanzsystem auseinandersetzen und ergründen warum die Schulden permanent ansteigen.

Wir haben ein sogenanntes Schuldgeldsystem, also alles Geld im Umlauf ist auf der anderen Seite eine Schuld. Geld kommt nur in Umlauf durch die Kreditvergabe einer Bank. Und die Schulden des Einen sind die Vermögen des Anderen. Der Kollege Braun, hatte in der Debatte zum Fiskalpakt dies im Oktober sehr gut erklärt, nur hatte er ein Element außer Acht gelassen. Eine wesentliche Ursache der Krise, beziehungsweise des Dilemmas, in welchem wir uns befinden, liegt nämlich in unserem „Zinsgeldsystem“. Einfach zu verstehen ist dies anhand des Beispiels des „Josefspfennig“: Dieses Beispiel vereinfacht vielleicht sehr stark - ja, aber es beschreibt das Problem doch sehr deutlich.

Meine Damen und Herren,
was wäre passiert, wenn Josef für Jesus vor 2000 Jahren einen einzigen Cent mit 5 Prozent Zinsen über 2000 Jahre angelegt hätte und der verzinst sich jedes Jahr neu – Zins und Zinseszins eben? Und niemand hätte das Geld abgehoben. Was glauben Sie, was dabei heraus gekommen wäre?
Also 1 Cent angelegt an 5 Prozent Zinsen, mit einer Laufzeit von 2000 Jahren. Jesus, beziehungsweise seine Nachkommen besäße heute ein Vermögen, durch Zins und Zinseszins von 70 Milliarden Weltkugeln aus purem Gold (nach den aktuellen Kursen)! Eine unvorstellbare Summe, mehr Geld als es jemals gegeben hat.

Was wäre aber passiert, wenn er die Zinsen jedes Jahr abhebt und unters Kopfkissen legt, aber den einen Cent stehen lässt?
Was besitzt er 2000 Jahre später?

Nur, einen einzigen Euro!

Der Unterschied zwischen Zins und Zinseszins ist 1 Euro zu 70 Milliarden Weltkugeln aus purem Gold, nach 2000 Jahren.

Exponentielles Wachstum kann langfristig nicht funktionieren – und führt immer zu einem Crash.

Und da unser bestehendes Geldsystem so aufgebaut ist, heißt dies das die Vermögen sich mehr und mehr in den Händen weniger konzentrieren, und die breite Bevölkerung mehr und mehr verarmt, und sich mehr und mehr verschuldet.

Im jetzigen System müssen sich immer Privatleute und Unternehmen verschulden, und wenn diese dies nicht mehr ausreichend tun, dann müssen die Staaten dies tun, was sie ja auch gemacht haben. Aber wenn der Staat sich nicht mehr verschulden darf, wer tritt dann als Schuldner auf?

Und sowieso Staaten machen keine Schulden, denn eigentlich macht der Staat, oder die öffentliche Hand diese im Auftrag der Bürger, denn diese müssen am Ende gerade stehen und die Zinsen durch ihre Steuern zahlen.

Der Fehler besteht also im System und die nächste Krise ist programmiert. Zur Klarstellung: Die Verschuldungspolitik der klassischen Politik stellt ein Problem dar, ist aber nicht der alleinige Grund für die hohe Staatsschuld. Und die Frage ist nicht ob dieses System zusammenbricht, sondern wann?

Durch den Zinseszinsseffekt steigen die Vermögen exponentiell an, und die Zinsen müssen bedient werden. Die Menschen haben immer mehr Druck, Rationalisierungen stehen an, Entlassungen, und viele Menschen kommen mit dem Druck nicht mehr klar. Jeder 8 Belgier ist wegen Depressionen in Behandlung.

Wenn die Staaten keine Kredite zur Finanzierung von Schulen, Straßen oder sonstige sinnvollen öffentlichen Einrichtungen mehr aufnehmen können, dann stehen Privatisierungen an.

Mehr und mehr staatliches Eigentum, das Eigentum der Volksgemeinschaft wird man verkaufen. Städte und Gemeinden werden Dienste und Dienstleistungen privatisieren, ja privatisieren müssen, und der Bürger darf mehr und mehr zahlen.

Und durch die neuen SEC 95 Normen, werden gerade die Gemeinden es schwer bekommen. Diese Normen schreiben u.a. vor wie die DG und auch die Gemeinden in Zukunft Finanzierungen durchführen müssen.

Kurz gesagt – auch wenn eine Gemeinde für eine Investition als Beispiel eine Schule das Geld auf dem Sparbuch hat, darf Sie diese Investition nicht zwingend durchführen, ja Sie darf das Geld welches sie angespart hat nicht für eine Investition nutzen, es sei denn sie macht in dem Jahre einen Überschuss mindestens in der Höhe der Investition.

Eine paradoxe Vorgabe.

Auf die Frage eines Kollegen im Ausschuss – welcher wissen wollte wie eine Gemeinde in Zukunft, größere Investitionen in der Trinkwasserversorgung finanzieren wird – meinte der zuständige Finanzminister Lambertz lapidar –

„Damit haben wir uns im Detail noch nicht beschäftigt, ich kann Ihnen aber mal die Ordner über diese Normen geben, das sind hunderte von Seiten und alles in Englisch.“

Aha - meine Damen und Herren, ist das eine seriöse Antwort eines Ministers auf die berechnete und sachliche Frage eines Abgeordneten?

Ist das eine seriöse Antwort eines Ministers, der bereits einen Vertrag für die Deutschsprachige Gemeinschaft unterschrieben hat, wo er noch gar nicht weiß, wie in Zukunft Gemeinden und auch die Gemeinschaft Finanzierungen vornehmen werden? Kann man solchen Leuten vertrauen? Frage ich Sie.

Die Menschen da draußen haben Angst, und viele haben verstanden, dass es so nicht weitergehen kann.

Ein Journalist fragte neulich in einer Rubrik –
Vertreten unsere Volksvertreter noch das Volk?

Nein, die Meisten vertreten ganz andere Interessen – aber sicherlich nicht die der Bürger.

Meine Damen und Herren, warum also dieser Fiskal-Pakt –
Was steckt dahinter -

Wenn man keine logische Antwort findet, dann gibt's nur einen Weg: Folge dem Geld.

Wer profitiert also vom Fiskalpakt?

Das Bild der politischen Macht in Europa kennt jeder:
ein Trüppchen von Staatsmännern und -frauen, entweder in einer Linie oder auch in zwei, drei Reihen auf einer Treppe arrangiert, in die Kamera lächelnd.
Treffen sich mehrmals im Jahr, in den Hauptstädten Europas, zu den verschiedensten Gipfeln.

Die Botschaft lautet: Diese Leute sind gewählt, und sie machen Europa für uns.
Was für ein **Trugschluss!**

Vor einem Jahr lief auf Arte die Dokumentation:

„The Brussels Business“

Mit dem Untertitel:

„Wer steuert die Europäische Union – bzw. wer regiert die EU wirklich?“

Dieser Dokumentarfilm, arbeitet die Bedeutung der Wirtschaftslobbyisten auf.

So wird die Rolle der 45 Konzernlenker beschrieben, die seit 1983 die europäischen Regierungen unter Druck setzten, endlich einen Binnenmarkt zu schaffen.

Mehr Markt und Verkehrswege müssten her und nationale Regularien müssten wegfallen. Den Staaten hat man dies verkauft, in dem man von Erhalt globaler Konkurrenzfähigkeit sprach.

In Wahrheit ging es um den Machtausbau der Industrie und der Banken, und die Entmachtung der Nationalstaaten, der Arbeitnehmer und der Bürger.

Dies ist eine weniger bekannte Geschichte der EU – und die klassische Politik redet nicht gerne hiervon.

Es mag nicht jeden überraschen.

Doch auch in der aktuellen Europadebatte hilft dieser Hinweis, denn möglicherweise hat die Einigung Europas nicht nur etwas mit Frieden und Freiheit der Völker zu tun,

sondern es waren u.a. die Herren vom „European Round Table“ dem ERT, eine Lobbyorganisation von rund 50 Wirtschaftsführern großer europäischer Konzerne mit Sitz in Brüssel, welche die Agenda der europäischen Einigung formulierte.

Übrigens waren auch diese Leute maßgeblich an der Lissabon Strategie beteiligt, welche ja oft hier im Hause lobend von Kollegen erwähnt wird. Eigentlich ist dies ein Schauermärchen für jeden Demokraten.

Es sind nicht die gewählten Volksvertreter, welche die Gesetze ausarbeiten, nein, es sind die Konzerne, mit Folgen welche große Teile Europas zu spüren bekommen. Und für diese Vereinigungen und für die Banken und Großkonzerne macht der Fiskalpakt dann auch Sinn.

Hat also der zuständige Finanzminister der DG, Herr Lambertz, die Interessen der Bürger der DG vertreten als er diesen Vertrag in Brüssel unterschrieben hat?

Nein, in meinen Augen hat er das nicht.

Aber was hat er dann vertreten?

Der Privatisierungswunsch der Industrie und der Großkonzerne.

Und der Wille der Kreditinstitute und Banken.

Denn diese werden Profitieren, auf Kosten der Allgemeinheit,

und auf Kosten der Bürger.

Meine Damen und Herren,
das Papier, das heute zur Abstimmung vorliegt, die Einführung des Spar-Diktats der EU in belgisches Recht, ist ein Missbrauch an der Demokratie.

Was Belgien und dieses Zusammenarbeitsabkommen angeht so kann man festhalten:

Dass, wie sooft, im Stillen Kämmerlein verhandelt wurde, nicht die Parlamente oder die Volksvertreter konnten mitreden, sondern die Regierungen haben unter sich dieses Papier ausgehandelt.

Und die Krönung ist,
dieses Zusammenarbeitsabkommen ist unkündbar.

Der Staatliche Finanzierungsbedarf wird in Zukunft von Beamten des Hohen Finanzrates festgelegt, und dieser untersteht keiner demokratischen Kontrolle durch die Parlamente.

Durch dieses Abkommen, verpflichten sich die Gliedstaaten in Artikel 5, auferlegte Geldbußen der EU, im Verhältnis der festgestellten Defizite unter den Gliedstaaten aufzuteilen. Die DG haftet also für die Wallonie, Brüssel und Flandern mit.

Man kann also wie folgt dieses Dokument zusammenfassen.

Wir stimmen heute über etwas ab, was bereits seit mehr als einem Jahr in Kraft ist, obwohl die Parlamente damals nicht befragt wurden.

Es wurde nicht von den Parlamenten verhandelt sondern einzig und allein von den Regierungen.

In Zukunft, bestimmen nicht die belgischen Volksvertreter über ihre Haushalte, sondern die EU.

Auch Gemeinden sind nicht mehr autonom in ihrer Entscheidung und selbst angespartes Geldguthaben, darf nicht mehr für Investitionen benutzt werden.

Das Spardiktat wird zu Privatisierungen führen, und zahlen darf der Bürger.
Der Schrei nach mehr Autonomie für die DG, erblasst zu einer leeren Phrase;
in Anbetracht der Macht, welche von diesem Pakt ausgeht.

Obwohl, das bestehende Geldsystem, aufgrund des Zinseszinsmechanismus kollabieren wird, hält man daran fest, und versucht nicht einmal die Bevölkerung über dieses Missstand zu informieren, obwohl 90 % der Bürger im jetzigen System die Verlierer sind.

Handeln so Volksvertreter?

Wir sollten endlich über neue volkswirtschaftliche Modelle diskutieren.

Neue Steuer und Sozialmodelle –

Mehr Freiheiten für die Bürger –

Weniger Gesetze dafür klarere Regeln -

Neue Geldsysteme ohne Zinsen, dafür mit einem Umlaufimpuls

Damit Geld ständig fließt und nicht gehortet wird.

Neue demokratische Systeme müssen eingeführt werden –

Ja u.a. Volksbefragungen –

Die Bürger sollten befragt werden – denn am Ende müssen sie ohnehin zahlen –

Und die Staaten sollten selbst die Souveränität über ihr Geld besitzen.

Ja, wir brauchen ein Europa der Völker und kein Europa der Konzerne.

Und heute können Sie liebe Kolleginnen und Kollegen den Grundstein für eine Diskussion hier im Lande anstoßen -

Verweigern Sie die Zustimmung – Sagen Sie Nein -

Meine Damen und Herren,

als im Präsidium, über die Redezeit gesprochen wurde, und ich mehr Zeit beantragte, meinte eine Kollegin –

Wir haben doch schon so oft darüber gesprochen.

Man will nicht, dass darüber gesprochen wird.

Man will also nicht, dass der Bürger informiert wird.

Man will keine Aufklärung in dieser Sache.

Man will also weiterhin im stillen Kämmerlein verhandeln,

über die Köpfe der Bürger hinweg.

Über die Köpfe der Parlamentarier hinweg.

Ja man stellt sich über die Grundprinzipien der Demokratie.

Aber wem dient man damit?

Dem Land, der Gemeinschaft, den Bürgern?

Nein, man dient den Kreditinstituten, man dient den privaten Banken, und den Großkonzernen.

Meine Damen und Herren,

„Die Einheit, in der Vielheit, macht das Wesen Europas aus“

hat der berühmte Sozialökonom, Wilhelm Röpke einmal gesagt.

Dieser Vertrag wird Europa spalten!

Die Vivant Fraktion wird gegen diesen Dekret Entwurf stimmen.

Michael Balter – Plenum 2014-02-24